

## Ablösung für Obleser

Luftwaffeninspekteur Friedrich Obleser, 58, zur Zeit in Kur auf Ibiza, wird bald Dauerurlaub machen können. Verteidigungsminister Hans Apel will ihn auf Drängen der SPD-Genossen noch vor der Sommerpause in den Ruhestand schicken. Letzten Anstoß für diese Entscheidung gab Oblesers Aussage vor dem Verteidigungsausschuß in der vorletzten Woche, die Luftwaffe könne ihren Auftrag nach den letzten Etatkürzungen nur noch mit Einschränkungen erfüllen. Apel sieht in dieser Aussage einen Verstoß gegen die Loyalitätspflicht des Generals. Obleser

hatte in der Rüstungsklausur des Verteidigungsministeriums Anfang März zwar Bedenken gegen einzelne Streichungen erhoben, anschließend aber dem Votum des Generalinspektors Jürgen Brandt zugestimmt, die Bundeswehr könne auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen.

## Zeichen gesetzt

Einen neuen Weg für seinen Dialog mit dem DDR-Staatschef Erich Honecker hat Bundeskanzler Helmut Schmidt gefunden: die Presse. Auf SPD-Veranstaltungen in Recklinghausen und Hannover hatte Schmidt kürz-

lich mit Andeutungen, nach dem Bonn-Besuch des KPdSU-Generalsekretärs Leonid Breschnew im Herbst werde es auch im deutsch-deutschen Geschäft weitergehen, journalistische Aufmerksamkeit erregt. Fragen zu dem Thema allerdings wich der Kanzler aus. Bonner Deutschland-Experten räumen inzwischen ein, daß es für die Schmidt-Ankündigungen keinerlei Hinweise aus Ost-Berlin gibt. Vielmehr habe der Kanzler damit dem SED-Chef sein eigenes Interesse an einem Zusammentreffen anzeigen wollen. Ein Schmidt-Vertrauter: „Der Kanzler wollte ein Zeichen setzen, daß er keinen deutsch-landpolitischen Stillstand wünscht.“

## „Zweifel in Gorleben werden größer“

Die Zukunft der westdeutschen Atommüll-Entsorgung ist — gegenteiligen Bonner Beteuerungen zum Trotz — derart ungesichert, daß demnächst möglicherweise keine neuen Kraftwerke mehr in Betrieb genommen werden können.

Gerichte haben den Bau von Atommeilern bislang schon von ausreichender „Entsorgungsvorsorge“ abhängig gemacht. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg etwa genehmigte Ende Januar einen Weiterbau in Brokdorf nur, weil es Bonns Entsorgungsplanungen gerade „nooh für ausreichend“ hielt und keine Anhaltspunkte dafür sah, daß die „Realisierbarkeit“ eines Endlagers in Gorleben „pessimistischer zu beurteilen“ sei als in früheren Jahren.

Aber auch nach Abschluß von 125 Probebohrungen ist es nach Meinung von Experten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt unmöglich festzustellen, ob der Gorlebener Salzstock für den Atommüll geeignet ist. Laugeneinbrüche oder unterirdische Risse ließen sich nicht ausschließen. Fundierte Aussagen seien frühestens „um 1993“ möglich.

Der designierte Vorsitzende der neuen Bonner Kernenergie-Enquetekommission, Harald B. Schäfer (SPD): „Die Zweifel in Gorleben werden größer, nicht kleiner.“

Während die Entscheidung über das Projekt, das größte Vorhaben in der deutschen Industriegeschichte, in die Ferne rückt, gerät Schmidts Atomprogramm, nach dem bis 1990 neun weitere Reaktoren ans Netz gehen sollen, in Gefahr. Nach den Beschlüssen des SPD-Parteitag

von 1979 darf der Betrieb neuer Kernkraftwerke nur genehmigt werden, wenn „mit der Einrichtung eines sicheren Endlagers begonnen“ oder die Entsorgung „durch verbindliche Verträge sichergestellt worden ist“.

Eine Entsorgung durch die Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague jedoch ist vertraglich nur bis 1985 gesichert. Atomwirtschaftler befürchten, daß der sozialistische Präsident François Mitterrand, der bereits diverse Nuklearprojekte gestoppt hat, einer Vertragsverlängerung und einem Ausbau der Anlage zugunsten der Bonner Atompläne nicht zustimmen wird.

Zwar sehen Bonner Pläne für 1985 und 1988 die Inbetriebnahme provisorischer oberirdischer „Zwischenlager“ in Gorleben und Ahaus (Nordrhein-Westfalen) vor, in denen Uranstäbe, verpackt in gußeiserne Transportbehälter, bis zu 30 Jahre lang aufbewahrt werden sollen. Einige Fachleute aber halten diese Lager für atomare Zeitbomben.

Für Bonner Sozialdemokraten ist es mittlerweile durchaus denkbar, daß Gerichte bei verschlechterten Versorgungsaussichten anordnen, was Hamburgs zurückgetretener Bürgermeister Klose vergebens durchzusetzen versucht hat: Stopp für den Kernkraftwerksbau in Brokdorf. Ein Hamburger Spitzengenosse: „Dann wäre Klose umsonst zurückgetreten.“



Bohrstelle in Gorleben: Gesicherte Erkenntnisse erst 1993